



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/IV/37

Hannover, 29. März 1949

Eine historische Entscheidung

Schr. Der Parlamentarische Rat befindet sich in einer kritischen Situation. Am 25. März wurde dem Siebener-Ausschuss von den Leitern der alliierten Verbindungstäbe kurz mitgeteilt, dass die Abänderungsvorschläge zum Grundgesetzentwurf, die der Parlamentarische Rat auf Grund des alliierten Memorandums am 2. März verfasste und den Alliierten überreicht hatte, den Grundsätzen dieses Memorandums nicht entsprechen. Nun werden die Gouverneure erst dann wieder zum Grundgesetz Stellung nehmen, wenn es ihnen als endgültig fertiggestellt überreicht wird.

Der Rat ist damit vor eine schwerwiegende Entscheidung gestellt; entweder entschliesst er sich, auf seinem ursprünglichen Standpunkt zu beharren - das könnte die Ablehnung des Grundgesetzes durch die Alliierten zur Folge haben - oder er bringt sein Werk weitgehend in Übereinstimmung mit den Wünschen der Gouverneure - das könnte für die westdeutsche Völkerung mit sehr ungünstigen und die junge Demokratie sehr belastenden Konsequenzen verbunden sein.

Es ist anzunehmen, dass die Bonner Parlamentarier einen Ausweg aus diesem Dilemma suchen werden, indem sie die Streichung einer Anzahl Artikel vornehmen, um so die Lösung strittiger Probleme einer Zukunft zu überlassen, in der die deutsche Kompetenz weniger eingeschränkt wäre.

Die durch das Memorandum zutage getretenen wichtigsten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten und dem Parlamentarischen Rat betreffen vor allem die Frage des Finanzwesens und der Vorranggesetzgebung. Während man sich jedoch bei der letzten in wachsender Masse dadurch den alliierten Forderungen anpasst, dass man die Vorranggesetzgebung in ein sogenanntes konkurrierendes Gesetz umwandelt, hält man in der Organisation des Finanzwesens im Grundsätzlichen an den im Hauptausschuss gefassten Beschlüssen fest. Das heisst, der Bund sollte ausser Zöllen und Finanzmonopolen die Gesetzgebung und die Bewilligung aller der Steuern erhalten, die im Interesse der Bevölkerung und einheitlichen Wirtschaftsstruktur des Bundesgebietes einheitlich geregelt werden sollten.

Das wesentliche Werkzeug zu einer einheitlichen Regelung, der Finanzausgleich zwischen steuerschwachen und reichen Ländern, soll auf jeden Fall dadurch ermöglicht werden, dass man ihn dem Zuständigkeitsbereich des Bundesparlamentes übergibt.

Für diese Regelung setzte sich vor allem die SPD mit dem Argument ein, dass die nach dem Kriege mit dem Länderegoismus gemachten Erfahrungen nicht zu den Hoffnungen berechtigten, ein reiches Land würde freiwillig zugunsten eines ärmeren Bundestaates auf einen Teil seines Steuereinkommens verzichten. Der Finanzausgleich würde aber auf die Grundlage der Freiwilligkeit gestellt werden, entspräche der Rat den Wünschen der Gouverneure. Der Einwand, während der Beratungen zwischen den Verbindungsstäben und dem Siebener-Ausschuss durch den britischen Finanzexperten gemacht, die Besatzungsmächte würden auch die Aufgabe übernehmen, verfassungsuntreue Länder zur Ordnung zu rufen, stimmt eher bedenklich.

Durchschlagender wäre es gewesen, wenn der Parlamentarische Rat sich in den Grenzen gehalten hätte, die ihm bei seiner Arbeit gesteckt waren, nämlich nur ein Organisationsstatut zu schaffen, das als Grundlage für ein reibungsloses Funktionieren des Staatsapparates genügt hätte. Leider aber hat er dem Grundgesetz den Mythos und Inhalt eines Verfassungswerkes gegeben, - man beachte nur einmal den Grundrechtskatalog mit seinen gegen die Warnungen der SPD aufgenommenen Bezogenheiten auf metaphysische Begriffe - den es doch nur haben könnte, wenn es wirklich ohne jede Beeinflussung von aussen und unter Beteiligung aller verfassungsgebenden Instanzen entstanden wäre.

Wie die Dinge nun liegen, ist die grösste Gefahr darin zu erblicken, dass für die Bevölkerung eines Bundesgebietes mit einer durch alliierte Interventionen beeinflussten Verfassung die Staatsform diskreditiert wird, deren Grundlage sie bilden soll: die Demokratie. Auch nach dem ersten Weltkrieg hatte man es nicht verstanden, das deutsche Volk für den Gedanken der Demokratie zu gewinnen.

Dieser Tatbestand einerseits und das Risiko einer Ablehnung des Grundgesetzes durch die Besatzungsmächte, womit die Chance der Errichtung einer einheitlichen deutschen Repräsentation auf vielleicht lange Zeit verpasst werden kann, stellen den Parlamentarischen Rat vor eine historische Entscheidung. Sie soll in diesen Tagen fallen. (the/293/2/he)

SPD-Erfolge bei Betriebsratswahlen

(sp) Bei Betriebsratswahlen im Reichsbahnausbesserungswerk Schwerte Ost mit einer Belegschaftsstärke von 2.800 erzielte die SPD sieben Mandate, die KP zwei und die CDU eines. Bei der Stadtverwaltung Wattenscheid: 6 SPD, 2 KPD, 1 CDU. Das grösste Reichsbahnausbesserungswerk Bayerns in Freimann war bisher eine Hochburg der KP in den Westzonen. Der Betriebsrat bestand aus 17 Kommunisten. Nach den kürzlichen Wahlen gehören von 13 Arbeitervertretern im Betriebsrat 7 der SPD, nur noch 6 der KP an. Bei den Beamtvertretern ist das Verhältnis 1:3 für die KP.

Schumacher und die Sowjet-Propaganda

Von Gr. Tokajew

Der Verfasser dieses Artikels ist der Autor der bekannten Veröffentlichungen über das sowjetische Herrschaftssystem.
D. Med.

Ich möchte vor allem bemerken, dass ich weder Sozialdemokrat, noch ein Freund Schumachers oder auch nur ein ferner Verehrer von ihm bin. Wenn ich trotzdem hier von Schumacher spreche, so nur darum, weil ich das im Interesse meines Volkes für gut halte.

Bekanntlich überschüttet der Bolschewismus alle die mit Strömen von Schmutz, die mit ihm nicht übereinstimmen. Aber wenn sowjetische Propagandisten über Kurt Schumacher sprechen, dann wird ihre Hemmungslosigkeit beispiellos und hysterisch. Der Leiter der Propaganda- und Agitationsabteilung der SMA in Deutschland, Oberst Tulpanow, erklärte auf geschlossenen Parteiversammlungen der SMA Deutschlands unumwunden, dass "Schumacher ein neuer Hitler" sei, dass "dieser Mann ein Feind der Arbeiterklasse und aller Arbeiter Deutschlands" wäre usw. Die "Prawda" veröffentlichte seinerzeit die verblüffende "Sensation", dass Kurt Schumacher angeblich, während er im Konzentrationslager war, Antifaschisten den Hitlerleuten auslieferte. Diese Meldung war ein Höhepunkt politischen Betruges und ein klassisches Beispiel des kommunistischen Dogmas: "Im Kampf mit dem ideologischen Gegner ist jedes Mittel recht."

Dieselbe Zeitung und in ihrem Gefolge alle übrigen sowjetischen Zeitungen bezeichnen Schumacher als "Provokateur", "Verräter", "Günstling des anglo-amerikanischen Imperialismus" und ähnlich. Sie stellten Schumacher dem Sowjetbürger als einen grimmigen, blutdürstigen Feind des deutschen Volkes dar, als einen fanatischen Verfechter der Zerreißung Deutschlands und dergl. Es ist darum nicht verwunderlich, dass 99,9 Prozent unseres Landes völlig unorientiert sind in der Frage des Verhältnisses Schumachers und der gesamten SPD zu unserem Lande. Man brachte es dahin, dass unsere anglösen Bürger nicht nur Schumacher, sondern auch alle Sozialdemokraten Deutschlands als ihre Feinde bezeichnen.

Als ich 1947 aus Berlin nach Moskau kam, musste ich an einer Parteiversammlung teilnehmen. Die Rede hielt ein Jüngling, der weder Schumacher noch überhaupt irgendeinen ausländischen Politiker jemals gesehen oder gehört oder ihre Schriften gelesen hat. Alles, was er wusste, hatte er nur aus sowjetischen Rundfunksendungen und Zeitungen bezogen. Und über Schumacher wusste er: "In der Person des Imperialisten Schumacher haben wir bis auf den heutigen Tag die wirkliche Gefahr einer deutschen Aggression gegen unsere Heimat."

Aber nicht nur politisch unreife Menschen, wie dieser Jüngling, auch Leute, die ernst genommen werden wollen, bewegen sich in diesem Fahr-

wasser. So schrieb der bejahrte Akademiker Tarle, der als Historiker betrachtet werden will, in der Literaturzeitschrift "Nowyj Mir" einen 10-seitigen Artikel, in welchem er im gleichen Jargon Schumacher und die Sozialdemokraten beschimpfte.

Ich hörte und las sowohl Tarle als auch Schumacher. Darum fühle ich mich verpflichtet, hier zu erklären: Der Akademiker Tarle führt unser Volk irre. Tarle sagt bewusst die Unwahrheit. Tarle kultiviert Gefühle tierischen Hasses in unserem Volke gegen das deutsche Volk, und das heisst den Grund legen für künftige Konflikte. Tarle bemüht sich, unsere Völker gegen die Deutschen aufzuhetzen, nur weil diese nicht willig den Kommunisten folgen.

Auch ich werde, wie die Völker unseres Landes, niemals den deutsch-faschistischen Einfall und seine tragischen Folgen vergessen; auch ich bestand und bestehe wie die Völker unseres Landes auf Bestrafung der deutsch-faschistischen Abenteurer und ihrer Gefolgsleute sowie auf Ersatz des uns zugefügten Schadens. Aber das bedeutet nicht, dass man den Nazismus mit dem arbeitenden deutschen Volk identifizieren kann. Eine solche Logik würde zu der Schlussfolgerung führen, den Bolschewismus und unsere Völker als eine Einheit zu betrachten. Dem Akademiker Tarle und seinen Auftraggebern wäre dies nur erwünscht, wie es auch für Hitler zweckmässig und notwendig war, das deutsche Volk zum Träger der kollektiven Verantwortung für seine Verbrechen zu machen.

Aber unsere Völker sind nicht mehr das, was sie vor drei, fünf Jahren waren. Unsere Völker haben wie das Deutsche Volk begriffen oder beginnen zu begreifen, dass die despotische Diktatur in den Sumpf des Verderbens führt. Darum bin ich überzeugt, dass Hunderte von Lesern der Zeitschrift "Nowyj Mir" sich die Frage stellten: "Ist denn auch der Akademiker Tarle zu einem Ilja Ehrenburg geworden?"

Unseren Völkern blieb genügend scharfes Unterscheidungsvermögen erhalten, um allmählich herauszufinden wo ihr wirklicher und wo ihr angeblicher Feind sitzt. Soweit ich weisse, hält das Volk die parteipolitische Plutokratie im Kreml und ausserhalb des Kremis für seinen wirklichen Feind. Was Schumacher und die deutschen Sozialdemokraten betrifft, so habe ich persönlich noch nichts davon gewusst, dass sie Feinde unserer Völker wären. Gewiss, sie entzücken mit ihrer Politik nicht die Häupter der "dreizehn Familien", aber was gibt es Gemeinsames zwischen den "dreizehn Familien" und den Völkern unseres Landes? Nichts?!

Wieder Heimkehrer aus Sowjetrussland

(sp) Nach mehrmonatiger Unterbrechung ist dieser Tage der erste grosse Transport von Kriegsgefangenen in diesem Jahr - insgesamt dreitausend Mann - aus Russland in Deutschland eingetroffen. Nach Durchlaufen mehrerer Lager in der Ostzone sind 1.500 Mann durch das Lager Friedland in die britische Zone eingeschleust worden. Weitere 800 Mann wurden den Entlassungslagern in der amerikanischen und französischen Zone zugeführt. Der Rest blieb in der Ostzone. Im Verlauf dieser Woche werden weitere 1.500 Heimkehrer in den Westzonen erwartet.

Die entlassenen Männer kommen aus den Lagern von Minsk, Gomel, Brorrisow (Lazarett), Rischew, Brest Litowsk, Witebsk und Smolensk. Es war ein Transport ausschliesslich aus dem Gebiet Weissrussland. Die Lager Witebsk und Smolensk wurden vollständig aufgelöst und heimgeführt. Hier blieben einige hundert Mann zurück, die sich aus den gesperrten Einheiten Polizei, Feldgendarmarie, Landesschützenverbänden, Division 206 und 308 zusammensetzen.

In den anderen Lagern sorgten Kommissionen vor der Heimreise für eine "Säuberung" des Lagers von den oben genannten Einheiten. Die Männer wurden mit unbekanntem Ziel fortgeschafft. SS-Männer waren bereits im Verlaufe der letzten Monate abgesondert worden.

Zur Entlassung kamen im Gegensatz zur bisherigen Praxis nur Männer der Arbeitsgruppe 1 und 2, die russischerseits also als durchaus vollwertige Arbeitskräfte gewertet werden. Kranke und Schwache wurden bewusst von diesem Transport ausgeschlossen. Die Heimkehrer vermuten, dass diese gesondert heimgeführt werden. Der Gesundheitszustand der Heimkehrer war besser als bisher. Trotzdem mussten etwa 400 Mann von den 1.500 Entlassenen sofort in Krankenhausbehandlung gegeben werden, zumeist wegen Herzerkrankungen und Kreislaufstörungen. Erfreulicherweise sind bei diesem Transport wenig Fälle einer akuten Tbc zu verzeichnen. Der Gesamteindruck, den die Heimkehrer machten, war günstiger als bei den vergangenen Transporten. Die Männer waren besser gekleidet, hatten Lederschuhwerk und ihre geistige und seelische Haltung war freier und gelöster. Sie waren im Gegensatz zum Transport der Antifanäner im Januar 1949 betont antibolschewistisch. (m/BL/293/2/he)

Sozialdemokratischer Wahlsieg im Saarland

(sp) Das besondere Merkmal der am Sonntag durchgeführten Gemeindewahlen im Saarland ist der Rückgang der Christlichen Volkspartei. Die CVP hatte mit bisher 52,3 Prozent aller Wählerstimmen das Schwergewicht der Entscheidungen und sie hat es in der Regierungspraxis, obwohl mit den Sozialdemokraten (SPS) in Koalition, erheblich ausgenützt. Sie ist zwar immer noch die stärkste Partei

geblieben, aber ihre heutigen 49,7% haben nicht mehr das bisherige erdrückende Übergewicht. Auf die Ebene des Landtages übertragen, würde das bedeuten, dass die CVP jetzt koalitionsfreudiger und kompromisswilliger sein müsste als bisher. Dem Verlust der CVP von 2,6% steht ein Zuwachs der SPS von 5,6% gegenüber. Der besondere Erfolg der Sozialdemokratie liegt aber darin, dass Saarbrücken, die Hauptstadt des Landes, am Sonntag eine sozialdemokratische Mehrheit erhalten hat und den Bürgermeister stellen wird.

Einen relativ nicht unbeachtlichen Erfolg errang die Demokratische Partei, die zum ersten Mal in den Wahlkampf ging und 6,6% der Stimmen auf ihre Liste erhielt. Die stärksten Verluste erhielten die sog. "Freien Listen", sie sanken von 13,1 auf 3,8%. Das ist besonders deshalb bemerkenswert, weil gerade bei Gemeindewahlen ungebundene Listen stärker in den Vordergrund zu treten pflegen. Das Wahlergebnis zeigt, dass die Wähler sich stärker als bisher den bestehenden Parteien zugewandt haben, was man einer Aktivierung des politischen Interesses gleichsetzen kann, die auch in der ziemlich hohen Wahlbeteiligung von 88,1% zum Ausdruck kommt.

	1949:	1946:	
CVP	49,7	52,3	./ 2,6
SPS	31,3	25,7	+ 5,6
Demokratische Partei	6,6	-	+ 6,6
KP	8,6	9,1	./ 0,5
Freie Listen	3,8	13,1	./ 9,3

Gegen Europa

(sp) Selten hat ein politischer Vorgang in Deutschland nach 1945 eine so einheitliche Beurteilung gefunden wie die befohlene Abtretung von 135 qkm deutschen Grenzgebietes mit einer Wohnbevölkerung von 135500 Personen an die Niederlande, an Belgien, Luxemburg, Frankreich und an das Saargebiet. Keine deutsche staatliche Stelle und keine politische Organisation kann die ausländische Beweisführung, wonach es sich bei den an 31 Stellen der Westgrenze vorzunehmenden Regulierungen um einen "rein technischen Vorgang" handelt und wonach eine endgültige Grenzregulierung dem späteren Friedensvertrag vorbehalten bleiben soll, als beruhigend empfinden. Keiner der betroffenen Menschen wird in der Besänftigung, dass der genaue Termin für die Umsiedlung noch nicht feststehe und dass er seine bewegliche Habe, wenn er nicht optieren will, mitnehmen darf, einen Trost für den Verlust seiner Heimat sehen.

Wir glauben nicht, dass man die Bezeichnung "Grenzkorrektur" deshalb als richtig annehmen darf, weil es sich im Westen Deutschlands nur um einen Bruchteil des zum Beispiel im Osten geraubten Landes handelt, oder, weil hier nur einigen Tausend Menschen jenes Schicksal

berichtet wird, das dort viele Millionen zugebenarmen viel brutaler traf. Ein echter Unterschied zwischen West und Ost und echte "Korrekturen" wären zweifellos entstanden, wenn man, anstatt zu diktieren, sich mit den zuständigen deutschen Stellen an einen Tisch gesetzt und verhandelt hätte. Dabei wäre man sicher unter dem Gesichtspunkt wirklicher technischer Notwendigkeiten zu einem modus vivendi gekommen, dem der heutige Charakter der Einseitigkeit und des Diktats gefehlt hätte.

Dies hätte neben anderen zweifellos zwei Vorteile gehabt: Der ganze Vorgang hätte nicht auf die deutsche Jugend, in der die Idee eines vereinigten Europas überraschend lebhaftes und ehrliches Echo gefunden hat, wie ein Eimer kaltes Wasser auf den Kopf eines glühenden Idealisten gewirkt. (Soll es in einem vereinten Europa von ausschlaggebender Bedeutung sein, zu wem 135 qkm Land gehören?) Eine solche Regelung hätte ausserdem mancher neu-nationalistischen Regelung in Deutschland von heute den Wind aus den Segeln genommen. Zweitens aber wäre durch ein ehrliches Abkommen den deutschen Kommunisten und ihren volksdemokratischen Auftraggebern jede Möglichkeit genommen, aus dem Unrecht im Westen ein Recht für den Osten abzuleiten.

Sollte man, bevor die Grenzänderungen im Westen durchgeführt werden, nicht doch noch einmal die 135 qkm Land auf eine und alle vernünftigen deutschen und europäischen Gründe auf die andere Schale einer gut justierten Waage legen? -k

Englands Gesundheitsdienst 1949

(sp) Englands Gesundheitsdienst, das fortschrittlichste und grösste Sozialwerk der Gegenwart, das am 1. Juli 1948 eingeführt wurde, wird in seinem ersten vollen, am 1. April beginnenden Geschäftsjahr 260 Millionen Pfund Sterling erfordern. Das bedeutet, dass pro Kopf der englischen Bevölkerung vom Staat fünfeinhalb Pfund für die Erhaltung der Gesundheit und für ärztliche Betreuung ausgegeben werden, während in den ersten neun Monaten die Durchschnittskosten viereinhalb Pfund betragen. Der Gesamtbetrag liegt um 110 Millionen Pfund höher als vom englischen Gesundheitsminister Aneurin Bevan ursprünglich errechnet worden war. 41 Millionen Pfund fliessen aus den Erträgen der Nationalen Versicherung dem Gesundheitsdienst zu, der Rest wird aus dem englischen Steuerertrag gedeckt. Den höchsten Ausgabeposten bilden die Vergütungen an die Ärzteschaft. Sie erfordern 68 Millionen Pfund. Für die Zahnärzte sind 31 Millionen Pfund vorgesehen, für Apotheker 21 Millionen Pfund, für Optiker 15 Mill. Pfund und für Krankenpflegerinnen 36,5 Mill. Pfund. Für den Ausbau und die Verbesserung von Wohnungen ist ein Betrag von 56,5 Millionen Pfund ausgeworfen worden.
(m/B23/293/2/he)

Verantwortlich: Peter Raunau